



Eigentümliches Demokratieverständnis

Mit Entsetzen haben wir nachstehendes Zitat des Mitgliedes der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, Herrn Stadtrat Olaf Czogalla, dem Netzwerk Twitter entnommen:

Zitat:

„Ich nenne es wie ich es will. Mir tun nur die leid, die sich Für diese Sache eingesetzt haben, und mit Dumpfbackigkeit ausgebremsst wurden.“

Die letzte „Dumpfbackendiskussion“ führte dazu, dass ein Theaterintendant unserer Landeshauptstadt Magdeburg in Erklärungsnot geriet, weil er weite Teile des demokratisch gewählten Stadtrates beleidigte.

Der erste Bürgerentscheid in der LH Magdeburg stellt bislang ein Novum und ein besonderes politisches Ereignis in der jüngsten Geschichte der Stadt dar. Er wurde von vielen unterschiedlichen Akteuren getreu den Vorgaben der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt auf demokratische Weise hart erkämpft. Nicht zuletzt deshalb hat der Stadtrat der LH Magdeburg in seiner Sitzung am 27.01.2011 einstimmig die Zulässigkeit dieses Bürgerentscheides festgestellt, dessen Durchführung beschlossen und wortreich begrüßt. Ebenso die Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, deren Mitglied Herr Stadtrat Czogalla ist.

Sehr viele Menschen erwarten mehr direkte Bürgerbeteiligung und sehen in dem nun erstmals erfolgreich durchgeführten Bürgerent-

scheid eine Chance. Davon zeugt auch die relativ hohe Beteiligung.

Welch' negatives Signal kann jedoch eine öffentliche Herabwürdigung tausender Andersdenkender vermitteln, wenn einerseits Menschen aufgerufen sind, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, sie jedoch hinterher damit rechnen müssen, von Politikern als „Dumpfbacken“ beleidigt zu werden, nur weil sie



Stoppt die Intoleranz!

scheinbar anders als von einigen erwartet abstimmen? Was für ein zweifelhaftes Demokratieverständnis liegt dem zu Grunde? Und was für ein Bild wirft letztendlich das Verhalten eines einzelnen Stadratsmitgliedes auf den Stadtrat in Gänze?

Die Bürgerinnen und Bürger dürfen von allen Stadträtinnen und Stadträten erwarten, dass sie das Ergebnis eines Bürgerentscheides, ohne Wenn und Aber ernst nehmen und vertreten, insbesondere auch dann,

wenn es nicht den persönlichen Vorstellungen des einzelnen Stadratsmitgliedes entspricht.

Alles andere beschädigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das gewählte Parlament und stellt zugleich die Demokratie in Frage.

Als langjährig erfahrener Kommunalpolitiker hat Herr Stadtrat Czogalla mit seinem Handeln offenbar bewusst die Folgen seiner Äußerungen in Kauf ge-

nommen und damit nicht nur das Ansehen des Stadtrates beschädigt. Hiervon muss sich das von den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch gewählt und zugleich bedeutendste politische Gremium der LH Magdeburg deutlich distanzieren!

Die Fraktion nahm diesen Sachverhalt zum

Anlass in der Stadtratssitzung am 31.03.11 einen Dringlichkeitsantrag zwecks Missbilligung des Stadtrates Herrn O. Czogalla zu stellen.

Mit Bestürzung musste DIE LINKE. Fraktion aber zur Kenntnis nehmen, dass eine deutliche Stadtratsmehrheit keinen Grund sieht, Herrn Stadtrat Czogalla für seine verbale Entgleisung, mit der er etwa 84.000 MagdeburgerInnen beschimpft und beleidigt hat, in die besondere Verantwortung seines Ehren-

In dieser Ausgabe:

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat der LH Magdeburg: Monika Zimmer 2

Revitalisierung der GS Lemsdorf 3

Schließung des Jugendhauses „Werder“ 4

IG Friedenshöhe gegründet 4

Anträge der Fraktion 4

amtes als Mandatsträger zu nehmen und ihm die Missbilligung auszusprechen. Getreu dem Sprichwort aus dem Volksmund: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“ übt man sich in fragwürdiger Milde und versucht Czogallas Entgleisung offensichtlich als rein persönliche Äußerung losgelöst von seinem Stadtratsmandat zu bagatellisieren. Ist eine solche „spitzfindige“ Unterscheidung überhaupt möglich?

Auch die Distanzierung seines eigenen SPD-Ortsvereins Magdeburg-West scheint die SPD-Fraktion im Stadtrat nicht zu interessieren.

Der seit Tagen deutlich hörbare Aufschrei vieler Bürgerinnen und Bürger, die sich am ersten Magdeburger Bürgerentscheid beteiligt haben, findet bedauerlicherweise bei der Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte fraktionsübergreifend, ausgenommen DIE LINKE.-Fraktion, kein Echo. Man geht zur Tagesordnung über und ignoriert alles andere.

Umso fataler für den Stadt-

weiter auf Seite 3

„Viele Senioren und Arbeitslose leben isoliert allein zu Hause und benötigen Hilfe und Kontakte. Dafür setze ich mich ein.“

Gespräch mit der Stadträtin Monika Zimmer: Gesundheits- und Sozialausschuss, Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg, Betriebsausschuss Kommunales Gebäudemanagement, Stadtrat für den WB 10 - Wohngebiet Schilfbreite, Reform, Hopfengarten, Beyendorfer Grund

Monika, du bist ja schon ein alter Hase in der Kommunalpolitik – mit Unterbrechung – die vierte Wahlperiode. Was reizt dich immer wieder, deine Kraft für die Allgemeinheit einzusetzen?

Ich kenne mich nicht nur in meinem Wohngebiet Reform aus, sondern auch in den anderen Stadtteilen meines Wahlbereiches, bin viel unterwegs und möchte diese Kenntnisse einbringen, um Dinge kommunalpolitisch zu verbessern. Innerhalb der Stadt liegt vieles Soziale im Argen, wo ich mich aktiv einbringe.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel möchte ich eine neue Verkehrskonzeption für den Süden sowie die Entwicklung des Freibades Süd und des ehemaligen SKET-Geländes befördern.

Jetzt hast du ja Zeit, weil du Rentnerin bist, aber wie war das früher? Schließlich hast du vier Kinder?

Ich bin „Vor-Rentner“ und mit 60 Jahren in die um 18% gekürzte Rente gegangen. Vorher war ich trotz Qualifizierung und Umschulung lange arbeitslos und seit 2004 (Hartz IV-Gesetzgebung) ohne Anspruch auf jegliche Unterstützung (da verheiratet).

Langeweile hatte ich zwar nicht, weil alte und junge Familienangehörige immer auf Unterstützung hoffen, aber die Stadtratsarbeit war mir immer sehr wichtig.

Wie bist du überhaupt zur Kommunalpolitik gekommen?

Durch die Frauenarbeitsgemeinschaft LISA der PDS, deren aktives Mitglied ich war. 1994 bin ich durch sie ermuntert worden, aktiv an der Kommunalpolitik mitzuwirken. Frauen haben oft einen anderen Blick auf bestimmte Problemlagen. Ich arbeitete damals im SKET und wusste, dass mir bald gekündigt werden würde. Auch die Schließung vieler Betriebe machte mich zornig und forderte mich – sonst eher ein ruhiger Typ – zu Aktivitäten heraus.

Du hast schon in den 90er Jahren eine Einwohnerinitiative gegründet...

Ja, die Einwohnerinitiative „Jung und Alt für Reform“, die ich 1998 mit gründete und deren Vorsitzende ich seit 2006 bin. Das ist Kommunalpolitik konkret, zwar nur auf einen Stadtteil bezogen, aber pure Vielfalt: Stadtentwicklung, Kultur, Bildung, Soziales, Sport, Ordnung, Sicherheit und und und...

Vieles hast du auch mit deinem Mann, Dr. Gerd Zimmer, gemeinsam angepackt.

In der letzten Wahlperiode war mein



Ehemann im Stadtrat – wir waren ein Team. So konnte er Anträge und öffentliche und nichtöffentliche Anfragen stellen, die aus der Einwohnerinitiative Reforms kamen. Er kandidierte nicht mehr und ich musste mich entscheiden, ob es mit unserer Einwohnerinitiative weitergehen sollte. Viele Aufgaben müssen noch gelöst werden.

Woran denkst du?

An die komplette Umsetzung der Quartiersvereinbarung Neu-Reform zum Beispiel, an die Gestaltung der Straßenbahntrasse und der Zentrumsachse in Reform, an die Sanierung der Fußwege, der KJFG „Banane“ und der KITA „Quittenfrüchtchen“ u.v.m. Auch mein Traum von einem Bürgertreff konnte bisher noch nicht umgesetzt werden.

Nun bist du also wieder Stadträtin. Worin liegen hier deine besonderen Interessen?

Die Sozialpolitik interessiert mich besonders. Ich weiß, wie wichtig es für die Menschen ist, eine sinnvolle und bezahlte Beschäftigung zu haben. Deshalb liegt mir die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik besonders. Auch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen und von sozial benachteiligten jungen und alten Menschen liegt mir am Herzen. Viele Senioren und Arbeitslose leben isoliert allein zu Hause und benötigen Hilfe und Kontakte. Dafür setze ich mich ein.

Worauf bist du stolz, wenn du an deine Stadtrats-/Ausschussarbeit denkst?

Ich bin u.a. im Gesundheits- und Sozialausschuss, im Aufsichtsrat der Wohnen und Pflegen Magdeburg gGmbH, in der AG Behinderte tätig und war im Unterausschuss Altenhilfe der Stadtverwaltung. Besonders stolz bin ich darauf, dass ich maßgeblich daran mitgewirkt habe, dass es seit vielen Jahren vom Stadtrat anerkannte Interessenvertretungen für Behinderte, Kinder, Senioren und Ausländer/Migranten gibt.

Auch, dass es in Neu-Reform die erste Quartiersvereinbarung der Stadt Magdeburg mit der WObAU und den Genossenschaften gibt, der andere Stadtteile folgten, macht mich stolz, weil unsere Einwohnerinitiative Initiatorin war.

Im Unterausschuss Altenhilfe wurden neue Strukturen geplant, aus denen neben den Offenen Treffs die heute sehr beliebten fünf Altenhilfe- und Sozialzentren entstanden sind. Die Umsetzung erfolgte nicht im Selbstlauf...

Und was macht dich traurig oder böse, weil es nicht gelungen ist?

Ich bedaure sehr, dass es immer noch nicht gelungen ist, einen Mehrgenerationentreff in Reform zu etablieren. Außerdem macht es mich wütend, wenn eine Stadtratsmehrheit verhindert, dass es in jedem Stadtteil kommunale KITAs geben kann und nun auch noch andere kommunale Aufgaben an Freie Träger übergeben werden sollen. Die Prüfung wurde gegen den Willen unserer Fraktion im Stadtrat beantragt. *weiter auf S.3 oben*

weiter von S.2

Apropos Stadtrat: Aus deinem Kommunalwahlwahlbereich 10 sind jetzt fünf Stadträtinnen und -räte in der Fraktion. Vorteil oder Nachteil?

In meinen Augen hat dies mehr Nach- als Vorteile. Die wirklich Gewählten des Wahlgebietes können sich nicht ausreichend darstellen. Manchmal gibt es auch verschiedene Meinungen, z.B. zu Themen in den GWAs, die nicht parteipolitisch sein müssen, bei den Zuhörern aber als innerer Zwist gewertet werden.

Findest du es eigentlich richtig, dass die LINKE auch Nicht-Parteimitglieder in die Fraktion einbezieht?

Ja, z.B. als Sachkundige Einwohner in den Ausschüssen, als Bürger in den Anhörungen der Fraktion usw. Hier können sie Erfahrungen mit Mitgliedern der LINKEN sammeln und die Grundsätze unserer Partei kennenlernen. Das ist ein Weg, neue Mitglieder für die Partei DIE LINKE zu gewinnen. Außerdem wirkt sich diese Art der Beteiligung auch bereichernd auf unsere Arbeit aus – kein Mensch kann alles wissen.

Aber wer bei Wahlen für die Linken kandidiert und gewählt wird, sollte sich spätestens nach einer Wahlperiode auch offiziell zur Partei bekennen und Mitgliedsbeiträge zahlen – oder eben nicht. In der Öffentlichkeit zählt man als Mitglied der Fraktion ohnehin zur Partei dazu.

Vielen Dank, liebe Monika, für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen und viel Erfolg bei deiner weiteren Arbeit!

Das Interview führte Dagmar Brüning.



weiter von Seite 1

rat, dass unmittelbar im Anschluss an die Ablehnung des Eilantrages der Fraktion DIE LINKE. ein Bürger in der Bürgerfragestunde genau die Wertungen gegenüber Herrn Czogalla zum Ausdruck brachte, die zuvor von der Stadtratsmehrheit abgelehnt wurden.

Trauriger Beigeschmack bleibt die Tatsache, damit auch das Ansehen des gesamten Stadtrates nicht unbedingt gestärkt zu haben und somit zur Politikverdrossenheit beigetragen zu haben.

Bleibt zu hoffen, dass sich 84.000 Wählerinnen und Wähler auch noch bei der nächsten Kommunalwahl daran erinnern, dass sie von Herrn SPD-Stadtrat Czogalla für die Äußerung ihrer eigenen Meinung als „Dumpfbacken“ herabgewürdigt wurden.

Frank Theile

Datensicherheit ist Selbstverständlichkeit

Autobesitzer, die zukünftig in der Landeshauptstadt Magdeburg ein Wunschkennzeichen für ihr KFZ über das Internet reservieren lassen wollen, können sich freuen, denn ihre Daten sollen nicht mehr wie bisher unverschlüsselt übermittelt werden. Das ist das Ergebnis einer Anfrage, die Stadtrat Torsten Hans (DIE LINKE) im Februar an den Oberbürgermeister richtete. Durch die Anfrage sollte geklärt werden, weshalb bei der Datenübermittlung eine solche Sicherheitslücke besteht und wie diese geschlossen werden kann.

Dass die Stadtverwaltung umgehend reagiert hat, freut die Fraktion DIE LINKE ganz besonders, da das Thema Datensicherheit immer mehr an Bedeutung gewinnt und eine Kommune hier in besonderer Weise zeigen kann, wie bürgerfreundlich sie ist. Der Schutz personenbezogener Daten sollte bei allen Internetangeboten der Stadt eine Selbstverständlichkeit sein.

Torsten Hans

Jazz in der Kammer – Neue Hoffnung? DIE LINKE. signalisiert Unterstützung

„Ein solches Traditionsprojekt mit dieser Historie verdient einfach Unterstützung“, sagt Kulturausschussmitglied Oliver Müller. Ein erstes Gespräch zwischen Fraktionsmitglied und Kulturausschussvorsitzende Karin Meinecke und Kulturbeigeordneter Dr. Koch ist bereits geführt. „Klärung wurde erbeten“, so Karin Meinecke und ist sich sicher, „dass auch der Kulturausschuss sich mit dieser Frage beschäftigen wird.“

Karin Meinecke/Oliver Müller

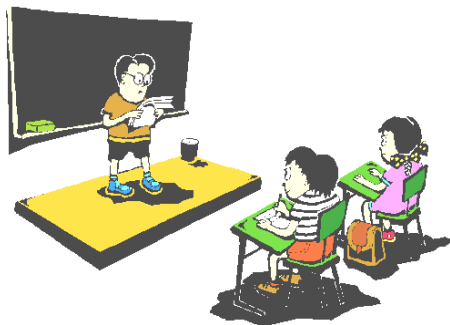
Revitalisierung, der GS Lemsdorf ein alter Hut! Purer Aktionismus?

Nicht ohne Schmunzeln musste ich die Absicht vom SPD-Kollegen Hitzeroth zur Wiederbelebung des Schulstandortes Lemsdorf zur Kenntnis nehmen.

Hatte ich doch einen nahezu ähnlich lautenden Antrag (A0085/08) namens der Linksfraktion bereits 2008 im Stadtrat gestellt. Merkwürdigerweise hatte damals die komplette SPD-Fraktion gegen die Wiedereinrichtung der GS Lemsdorf argumentiert, wie auch die CDU, obwohl schon seinerzeit deutlich erkennbar war, dass die Schülerzahlen steigen, was zunehmend auch ein gravierendes Problem für die Hortversorgung ist.

Deshalb hat DIE LINKE auch bereits Ende letzten Jahres einen entsprechenden Antrag für ein Hortentwicklungskonzept gestellt, der zurzeit in den Fachausschüssen behandelt wird und dem bisher einstimmig gefolgt wird.

Was die Wiederbelebung des Lemsdorfer Grundschulstandortes angeht, stehe ich dem natürlich gern nach wie vor positiv gegenüber. Es nützt nur halt alles nichts, wenn die eigene Fraktion von Stadtrat Hitzeroth, dem wie 2008 nicht folgen will und dann doch wieder den Ausführungen ihres Schul-Beigeordneten Dr. Koch folgt. Vielleicht wäre es ja hilfreich, sich hierzu mal im Vorfeld



mit den eigenen Leuten zu beraten, um nicht Gefahr zu laufen, sich dem Vorwurf des Aktionismus in dieser sensiblen Frage aussetzen zu müssen. Außerdem weiß auch Stadtrat Hitzeroth als Mitglied der Oberbürgermeisterpartei ganz genau, dass die Drucksache zur Fortschreibung der aktuellen Schulentwicklungsplanung bereits fertig ist, der OB sie mit Blick auf die Wahlen jedoch leider nur noch nicht frei gegeben hat. Insofern ist es doch viel sinnvoller, zunächst auf Grundlage dieser Drucksache womöglich konkrete Änderungsanträge zu formulieren, als sich davon losgelöst mit hektischen Anträgen, die sowieso nur überwiesen werden, und zudem bereits schon einmal geprüft worden sind, zu brüsten.

O. Müller

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat der
Landeshauptstadt Magdeburg
V.i.S.d.P.: Oliver Müller, Stellv.
Fraktionsvorsitzender

Redaktion: Hans-Jürgen Schwartz

Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Telefon: 0391-540 2226

Fax: 0391-540 2529

E-Mail:

DIELINKE.Fraktion@stadt.magde-
burg.de

www.dielinke-stadtratsfraktion-
md.de

**Senden Sie uns eine E-Mail und
wir schicken Ihnen die Zeitung
im PDF-Format zu!**

Fraktionstermine im April:

11.04.2011 um 17:00 Uhr
Nichtöffentliche Fraktionssit-
zung bei der Flughafen Magde-
burg GmbH

26.04.2011 um 17:00 Uhr
öffentliche Fraktionssitzung im
Rathaus, Raum 340

28.04.2011 ab 14:00 Uhr Stadt-
ratssitzung im Ratssaal

Es bleibt dabei: Schließung des „Werder“ ist strategische Fehlentscheidung!

Mit brennendem Interesse verfolge
ich wie viele andere auch die aktuel-
len Entwicklungen
zum Kinder- und
Jugendhaus
„Werder“. Man darf
gespannt sein, wer
am Ende zu wel-
chem Preis und vor
allem mit welchem
Konzept den Zu-
schlag erhält - und
noch dazu bereit
ist, den Kinder-
spielplatz direkt am Gebäude auch
tatsächlich erhalten zu wollen.



Trauriger Fakt ist, dass sich die
Mehrheit des Stadtrates entgegen
dem Vorschlag der Stadtverwaltung
an diesem Standort die Chancen für
die Zukunft verbaut, indem man sich
einfach einer denkmalgeschützten
Immobilie samt einem Filet-
Grundstück entledigt. Ein angedach-
tes Mehrgenerationenhaus wie es
anderenorts sehr wohl funktioniert,
soll an dieser Stelle einfach nicht
möglich sein. Nun ja, wer's glaubt!
Wer aktuell nach Ottersleben schaut,
kann erkennen, dass im dortigen
Jugendbildungshaus quasi dieselbe

Konzeptstruktur erfreulicherweise gera-
de umgesetzt werden soll. Aber Insider
wissen, dort gelten ohne-
hin ganz andere Gesetze.

Dabei wird schon jetzt
deutlich, dass im Grunde
noch niemand wirklich
weiß, welche Zielgruppe
genau im Bereich des Has-
selbachplatzes erreicht
und vor allem in welcher
zweckentsprechenden Im-
moblie ein Kinder- und
Jugendangebot etabliert

werden soll. Eine bereits durch das Ju-
gendamt kürzlich ins Auge gefasste,
kommt nicht nur meiner Ansicht nach
dafür jedenfalls nicht wirklich in Frage!
Nur eines ist klar: Zum Nulltarif wird's
auch dort nicht gehen; ganz im Gegen-
teil, es werden zusätzlich auch noch
Mietkosten anfallen.

Spannend wird auch werden, inwieweit
der am Standort „Werder“ zu erzielende
Verkaufserlös tatsächlich anderen Ju-
gendeinrichtungen zu Gute kommen
soll und nicht - wie in Zeiten der Haus-
haltskonsolidierung üblich - eigentlich
der allgemeinen Schuldentilgung die-
nen muss.

O. Müller

Interessengemein- schaft Friedenshöhe gegründet

Am Samstag, dem 19. März 2011,
hat sich die „Interessengemeinschaft
Friedenshöhe“ in der Gaststätte
„Simpa“ im Kroatenweg gegründet.

Etwa 15 Anwohner des gleichnami-
gen Wohngebietes waren gekommen,
um mit dabei zu sein und ihre Vor-
stellungen einfließen zu lassen. Mit
vor Ort waren auch Astrid Pierau von
der GWA Sudenburg/Lemsdorf und
Stadtrat Oliver Müller (DIE LINKE).

Nach angeregter Diskussion war
schnell klar, dass man sich freut auf
die bereits angekündigten Verände-
rungen im Rahmen des Quartiersum-
baus durch die WOBAU, aber natür-
lich auch gern mitreden möchte. Da-
her wurde auch eigens ein dreiköpfi-
ger Sprecherrat benannt: Herr Beh-
rens, Frau Kehding und Herr Lenz.

O.Müller

Anträge der Fraktion in der Stadtratssitzung am 31.03.2011

A0032/11:

Der Oberbürgermeister wird aufge-
fordert,

1. Anträge auf Abzweigung des Kin-
dergeldes von behinderten Kindern
über 25 Jahre an den Grundsiche-
rungsträger nur in wirklich begrün-
deten Fällen zu stellen.

2. Im Falle der Ablehnung einer Ab-
zweigung durch die Familienkassen
auf Klagen zu verzichten.

3. die Familien mit behinderten An-
gehörigen, die ihre Kraft dringend
für die Pflege und Betreuung ihrer
Angehörigen benötigen, bei der Be-
wältigung bürokratischer Verfahren
und Forderungen besser zu unter-
stützen.

A0043/11:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt
Magdeburg beschließt den Beitritt
der Landeshauptstadt Magdeburg
zum „BÜNDNIS FÜR EINE SOZIALE
STADT“.

2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt

Magdeburg unterstützt ausdrücklich
den Appell des Deutschen Städteta-
ges an den Bund vom 10. Februar
2011.

3. Der Oberbürgermeister wird ge-
beten unverzüglich die für eine Mit-
gliedschaft erforderlichen Schritte in
die Wege zu leiten.

Der Antrag wurde einstimmig ange-
nommen.

Der **Antrag 0140/10** - Erstellung ei-
nes Hortentwicklungskonzeptes -
wurde durch den Stadtrat einstimmig
bestätigt.

Drei Änderungsanträge zu den An-
trägen 0034/11 (Geschwister Scholl-
Ehrung), 0035/11 (Kulturquartier
Domplatz) und 0039/11 (Aktuelle
Datenlage Entwicklung Schülerzahlen
im Magdeburger Süden) wurden mit
den Hauptanträgen in die jeweiligen
Fachausschüsse überwiesen.

Anfragen:

F0059/11: WC-Anlage im Nordpark

F0060/11: Bedarfshaltestelle an der
Grundschule "Am Pechauer Platz"